Haftung des Arbeitnehmers

1. Im Falle der arbeitsmäßigen Überlastung des Arbeitnehmers können je nach den Umständen des Falles die Grundsätze über die Haftung des Arbeitnehmers bei Verrichtung einer gefährdeten Arbeit Anwendung finden.

2. Eine Übertragung des Geschäftsrisikos auf den Arbeitnehmer ist nur dann rechtlich bedenkenfrei, wenn der erhöhten Verantwortung und dem damit für den Arbeitnehmer verbundenen Risiko ein entsprechender Ausgleich durch ein entsprechendes Gehalt gegenübersteht (wie BAG AP Nr. 4 zu § 611 BGB Haftung des Arbeitnehmers).

3. Der Mangel der Sachbefugnis ist von Amts wegen, und zwar auch noch in der Revisionsinstanz, zu beachten.

Bundesarbeitsgericht

Urteil vom 3. 2. 1970 — 1 AZR 188/69 (LAG Bad.-Wittbg. — 3 Sa 92/68)

Tatbestand:

Der Bekl. war als Lehrling für den Beruf des Werbekaufmanns bei der Kl. tätig gewesen. Nach erfolgreichem Abschluß der Gehilfenprüfung war er zum Wehrdienst einberufen worden. Im Anschluß daran nahm er am 1. 4. 1967 als Angestellter seine Tätigkeit bei der Kl. wieder auf. Nach dem schriftlich abgeschlossenen Arbeitsvertrag wurde der Kl. als Kontaktassistent in der Arbeitsgruppe Kontaktabwicklung eingestellt und erhielt zuletzt ein Gehalt in Höhe von 850,— DM monatlich. Zu den Aufgaben des Bekl. gehörte u. a. das Anfordern von Angeboten für die Lieferung von Werbeartikeln. Sein Abteilungsleiter gab ihm im November 1967 den Auftrag, bei der Firma B ein Angebot auf Lieferung von „buttons“ (modischen Ansteckplaketten) einzuholen. Der Bekl. forderte das Preisangebot schriftlich an. Dieses wurde fernmündlich durchgegeben. Der Bekl. teilte daraufhin dem Abteilungsleiter mit, der Preis betrage für die gewünschten 100 000 Stück 1 700,— DM. Er wurde, da Bedenken wegen der Höhe des Preisangebots bestanden, beauftragt, sich den Preis schriftlich bestätigen zu lassen. Als Antwort erhielt er ein Fernschreiben, in dem es u. a. hieß: „unser angebot 100 000 dm 17 000 gestern haben wir musterknöpfe an herrn m abgesandt.“ Dieses Fernschreiben wurde dem Bekl. vorgelegt; ihm fiel nicht auf, daß der Inhalt des Bestätigungsschreibens von der fernmündlichen Preismitteilung, wie er sie an den Abteilungsleiter weitergegeben hatte, abwich. Daraufhin wurde der Firma, die die Ansteckknöpfe bestellt hatte, ein Preis von 1 700,— DM für 100 000 Stück genannt; diese erteilte der Kl. den entsprechenden Lieferauftrag. Bei einer Nachbestellung stellte sich heraus, daß das Preisangebot für die erste Sendung nicht 1 700,— DM, sondern 17 000,— DM gelautet hatte. Daraufhin setzte sich die Kl. mit ihrer Kundin wegen des Preises der ersten Lieferung in Verbindung. Die Kundin erklärte sich bereit, die Hälfte der Differenz zwischen 1 700,— und 17 000,— DM = 7 650,— DM zu tragen.

Mit der Klage verlangt die Kl. von dem Bekl. die Zahlung der Preisdifferenz von 7 650,— DM nebst Zinsen. Sie hat vorgetragen, der Bekl. habe es bei der Durchsicht des Antwortschreibens der Firma B an der erforderlichen Sorgfalt fehlen lassen; er habe es seinem Abteilungsleiter nicht vorgelegt, jedoch auf Befragen zur Antwort gegeben, das fernschriftliche Angebot decke sich mit der vorherigen fernmündlichen Mitteilung der Firma B, daß 100 000

buttons 1 700,— DM kosteten. Der Bekl. habe der Kl. durch sein Verhalten schuldhaft einen Schaden zugefügt. Das Fernschreiben sei eindeutig abgefaßt, so daß ein Irrtum über die Höhe des Preisangebots nicht möglich gewesen sei.

Der Bekl., der um Klageabweisung gebeten hat, hat vorgetragen, er habe keine kaufmännische Ausbildung bei der Kl. erhalten; er sei während seiner Lehrzeit fast ausschließlich mit werbetechnischen Verrichtungen beschäftigt worden. Er habe auch nicht selbständig Aufträge bearbeiten dürfen. Fernmündlich sei ihm der Preis von 1 700,— DM für 100 000 buttons von F aus genannt worden. Das Fernschreiben sei ungewöhnlich gefaßt gewesen. Er habe es so verstanden, daß der Preis für 1 000 Stück 17,— DM betrage. Dieses Mißverständnis sei durch die ungewöhnliche Schreibweise entstanden. Er trägt weiter vor, er habe das Fernschreiben außerdem den Akten, die über den Geschäftsvorfall angelegt worden seien, hinzugefügt und sie dem Abteilungsleiter vorgelegt. Dieser habe die Akten jedoch nicht eingesehen. Den Bekl. treffe daher kein Verschulden; zumindest sei sein Verschulden gegenüber dem des Abteilungsleiters verschwindend gering.

Das ArbG hat unter Abweisung der Klage im übrigen den Bekl. verurteilt, an die Kl. 5 100,— DM nebst Zinsen zu zahlen. Es hat das Verschulden des Bekl. bejaht, aber ein mitwirkendes Verschulden der Kl. angenommen. Auf die Anschlußberufung der Kl. hat das LAG unter Zurückweisung der Berufung des Bekl. der Klage in vollem Umfange stattgegeben. Mit der Revision verfolgt der Bekl. seinen Klageabweisungsantrag weiter, während die Kl. um Zurückweisung der Revision bittet.

Entscheidungsgründe:

1. Die Kl. macht mit der Klage einen Schadenersatzanspruch gegen den Bekl. aus positiver Vertragsverletzung geltend. Das LAG, das der Klage stattgegeben hat, hat jedoch nicht geprüft, ob der von der Kl. erhobene Anspruch von ihr überhaupt noch geltend gemacht werden kann. Dieser Prüfung hätte es bedurft, da der Bekl. auf Seite 2 seines Schriftsatzes vom 25. 10. 1968 und auf Seite 3 seines Schriftsatzes vom 5. 11. 1968 u. a. behauptet hatte, der Schaden sei durch eine Versicherung gedeckt worden, und da das angefochtene Urteil hierauf verwiesen hat, indem es „wegen des sonstigen Vorbringens der Parteien auf den vorgetragenen Inhalt ihrer Schriftsätze Bezug genommen“ hat. Wäre jene Behauptung des Bekl. richtig, dann wäre der Schadenersatzanspruch nach § 67 VVG auf die Versicherung der Kl. übergegangen.

§ 67 VVG bestimmt, daß ein dem Versicherungsnehmer gegen einen Dritten zustehender Anspruch auf Ersatz eines Schadens auf den Versicherer übergeht, soweit dieser dem Versicherungsnehmer den Schaden ersetzt. In diesem Falle steht der Anspruch dem Versicherungsnehmer nicht mehr zu; damit entfällt die Sachbefugnis des Versicherungsnehmers. Die Sachbefugnis gehört zu den anspruchsbegründenden Tatsachen (Stein-Jonas-Schönke-Pohle, ZPO, 19. Aufl., vor § 50 II 1; Baumbach-Lauterbach, ZPO, 29. Aufl., Grundz. § 50, 4 A; Jauernig-Lent, ZPO, 14. Aufl., § 22 I = S. 53). Ihr Mangel ist von Amts wegen, also auch ohne Rüge, in jeder Lage des Prozesses, auch in der Revisionsinstanz, zu beachten (BGHZ 18, 224; Stein-Jonas-Schönke-Pohle, aaO., Anm. IV 2 a zu § 559; Rosenberg, DZP, 9. Aufl., § 45 III 5 = S. 198).

Ob der im Streitfall geltend gemachte Schadenersatzanspruch noch in der Person der Kl. besteht, hängt von weiteren tatsächlichen Feststellungen ab. Da diese nur in der Tatsacheninstanz getroffen werden können, mußte die Sache unter Aufhebung des angefochtenen Urteils an das LAG zurückverwiesen werden, damit dieses prüfen kann, ob der Schadenersatzanspruch auf einen Versicherer übergegangen ist.

2. Für den Fall, daß die Sachbefugnis der Kl. zu bejahen ist, gilt folgendes:

a) Ohne erkennbare Rechtsverletzung ist das LAG davon ausgegangen, daß der Bekl. seine Pflichten aus dem Arbeitsvertrag schuldhaft verletzt hat und somit der Kl. grundsätzlich zum Ersatz des hieraus entstandenen Schadens verpflichtet ist. Das LAG hat jedoch nicht geprüft, ob sich der Bekl. zur Zeit des Schadensereignisses in einer Situation befunden hat, in der erfahrungsgemäß auch einem sorgfältigen ArbN Fehler unterlaufen, die zwar vermeidbar waren, aber mit denen angesichts der menschlichen Unzulänglichkeit gerechnet werden mußte. In einem solchen Fall kämen die Grundsätze über die Haftung eines ArbN bei Verrichtung einer gefahrgeneigten Arbeit zur Anwendung (vgl. Gamillscheg-Hanau, Die Haftung des ArbN, 1965, S. 39 ff. sowie die Entscheidung des erkennenden Senats vom 26. 11. 1969 – 1 AZR 200/69 –).

Eine schadensgeneigte Situation könnte möglicherweise vorgelegen haben, wenn der Bekl. seinerzeit arbeitsmäßig überlastet gewesen wäre. Erfahrungsgemäß muß der ArbGeb in diesen Fällen mit einem Nachlassen der Spannkraft und damit der Aufmerksamkeit des ArbN rechnen, so daß es zu Fehlentscheidungen und Fehlhandlungen des ArbN kommen kann, die ohne die arbeitsmäßige Überlastung nicht vorgekommen wären.

Kommt das LAG bei der erneuten Verhandlung zu dem Ergebnis, daß infolge der besonderen Situation, in der sich der Bekl. seinerzeit befand, die Grundsätze über die Haftung bei gefahrgeneigter Arbeit anzuwenden sind, wird es unter Beachtung der vom BAG in ständiger Rechtsprechung (vgl. BAG AP Nr. 33 zu § 611 BGB Haftung des ArbN mit weiteren Hinweisen [SAE 1965, 33 Anm. Mayer-Maly – d. Red.]) aufgestellten Grundsätze zu prüfen haben, welche Art von Verschulden dem Bekl. zur Last fällt. Trifft den Bekl. leichteste Fahrlässigkeit (leichte Schuld), so ist ein Schadenersatzanspruch der Kl. grundsätzlich ausgeschlossen. Kommt dagegen das LAG zu dem Ergebnis, daß der Bekl. grob fahrlässig (mit schwerer Schuld) gehandelt hat, so ist der Bekl. grundsätzlich zum vollen Schadenersatz verpflichtet. Kommt eine normale Fahrlässigkeit (Schuld) in Betracht, so muß, je nach den Umständen des Falles, der Schaden zwischen der Kl. und dem Bekl. aufgeteilt werden.

b) Gegebenenfalls wird sich das LAG erneut damit zu beschäftigen haben, inwieweit die Kl. oder eine Person, für die sie nach § 278 BGB einzustehen hat, ein Mitverschulden trifft. Mit der von dem LAG gegebenen Begründung kann, wie die Revision zu Recht rügt, ein Mitverschulden der Kl. jedenfalls nicht verneint werden. Dem LAG kann nicht gefolgt werden, wenn es ausführt, dem Abteilungsleiter könne kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß er sich die schriftliche Preisbestätigung nicht habe vorlegen lassen. Nach den Feststellungen des LAG hat sich der Abteilungsleiter eine bestimmte Vorstellung über die Höhe des Stückpreises gemacht: er hatte sich einen Stückpreis von 0,20 bis 0,30 DM vorgestellt. Wenn der Bekl. ihm unter diesen Umständen einen Stückpreis von nur 1,7 Dpf nannte,

dann hätte dieser ausgesprochen niedrige Preis für den Abteilungsleiter Veranlassung sein müssen, sich das Fernschreiben vorlegen zu lassen und das Preisangebot selbst zu kontrollieren. Das gilt um so mehr, als der Bekl. nicht als eingearbeitete Arbeitskraft gelten konnte, da er nach den Feststellungen des angefochtenen Urteils unmittelbar nach Abschluß seiner Lehrzeit bei der Kl. zum Wehrdienst einberufen worden und erst acht Monate vor dem Schadensfall bei der Kl. wieder eingetreten war. Bei einer 18monatigen Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit wird erfahrungsgemäß eine erneute Einarbeitungszeit erforderlich

Ferner könnte ein Mitverschulden der Kl. darin liegen, daß sie den Bekl. möglicherweise nicht oder nur in unzureichender Weise eingewiesen hat. Jedenfalls enthält der vom LAG noch nachzuprüfende Vortrag des Bekl. Hinweise hierauf.

Ein Mitverschulden der Kl. könnte vielleicht auch darin erblickt werden, daß die dem Bekl. übertragene Verantwortung in keinem Verhältnis zu dem ihm gewährten Gehalt stand. Die Verantwortung für die in seinem Betrieb getätigten Geschäftsabschlüsse trägt grundsätzlich der ArbGeb. Eine Übertragung des Geschäftsrisikos auf den ArbN ist nur dann rechtlich bedenkenfrei, wenn der erhöhte Verantwortung und dem damit für den ArbN verbundenen Risiko ein entsprechender Ausgleich durch ein entsprechendes Gehalt gegenübersteht (BAG AP Nr. 4 zu § 611 BGB Haftung des ArbN).

Anmerkung:

Der Entscheidung kann nicht in vollem Umfang zugestimmt werden.

1. Die Ausführungen zur prozessualen Seite erscheinen einigermaßen überraschend. „Sachbefugnis“, in der prozessualen Literatur auch Aktiv- bzw. Passivlegitimation genannt, ist dann gegeben, wenn der Kl. Inhaber des geltendgemachten Anspruchs ist. Ihr Fehlen hat grundsätzlich die Abweisung der Klage als unbegründet zur Folge, fehlt doch – wie das BAG insoweit zutreffend ausführt – damit eine anspruchsbegründende Tatsache. Wird das Fehlen der Aktivlegitimation erst nach zulässig eingelegter Revision entdeckt, so kann und muß dem das Revisionsgericht Rechnung tragen und die Klage wegen Unschlüssigkeit abweisen. Es korrigiert dadurch einen Verstoß des Berufungsgerichts gegen materiell-rechtliche, nicht gegen prozessuale Vorschriften. Daß es hierzu von Amts wegen berechtigt ist, folgt unmittelbar aus § 559 S. 2 ZPO und ist bislang auch in der Wissenschaft nicht in Zweifel gezogen worden (vgl. Stein-Jonas-Pohle-Grunsky, § 559 Anm. V).

Wenn das BAG die von ihm vorgenommene ex-officio-Prüfung dennoch für würdig befand, dem Urteil als einer von drei Leitsätzen vorangestellt zu werden, so ganz offensichtlich deshalb, weil es wie die von ihm herangezogene Entscheidung BGHZ 18, 224 die Sachbefugnis mit der „Prozeßführungsbefugnis“ verwechselte. Nach allgemeiner Auffassung bedeutet sie nicht Inhaberschaft am geltendgemachten Recht, sondern die Befugnis, einen bestimmten Anspruch als Partei geltendmachen zu können – eine Möglichkeit, die etwa dem Gemeinschuldner oder dem Erben nach eröffneter Nachlaßverwaltung fehlt (vgl. Rosenberg-Schwab, Zivilprozeßrecht, 10. Aufl. 1969, § 46 I 2). Das Vorhandensein der Prozeßführungsbefugnis ist Prozeßvoraussetzung, ihr Fehlen führt daher zur Abweisung der Klage als unzulässig. Hier setzen nun die vom BAG unnötigerweise erörterten Fragen ein: Da § 559 S. 1 ZPO das Revisionsgericht auf die Prüfung der geltendgemachten Verfahrensverstöße beschränkt, könnte an sich zweifelhaft sein, ob das Vorliegen der Prozeßvoraussetzungen von Amts wegen geprüft werden kann. Mit Recht hat das BAG jedoch im Anschluß an die von ihm zitierte Literatur diese Frage bejaht. Dabei wäre freilich noch ein Hinweis auf § 265 ZPO angebracht gewesen, da nach dieser Vorschrift eine nach Rechtshängigkeit erfolgende Veräußerung des Streitgegenstands den Fortgang des Verfah-

rens grundsätzlich nicht berührt, sondern nur eine Umstellung des Antrags zur Folge hat. Das Berufungsgericht wird also zu prüfen haben, ob die etwaige Abtretung des Anspruchs an den Versicherer vor oder nach Klageerhebung erfolgte.

II. Das materiell-rechtliche Problem der ArbN-Haftung aus gefahrgeneigter Arbeit bedarf einiger einleitender Bemerkungen.

1. Die Inanspruchnahme eines ArbN nach den allgemeinen Haftungsvorschriften des Schuldrechts vermag in besonderem Maße das Gefühl der Unbilligkeit zu vermitteln, ist es doch unschwer möglich, daß eine einzige unsorgfältige Handlung die gesamte materielle Existenz des ArbN vernichtet oder jedenfalls schwere Einbußen in seiner Lebenshaltung zur Folge hat. Dies läßt sich am vorliegenden Fall demonstrieren: Bei einem Bruttoeinkommen von 850 DM hat der Bekl. monatlich rund 700 DM zu seiner freien Verfügung. Unpfändbar ist gemäß § 850 c I ZPO bei Ledigen ein Betrag von 221,- DM. Macht nun der Kl. von seiner Aufrechnungsbefugnis in Höhe von 480,- DM monatlich Gebrauch, so kann er den Bekl. für ein Jahr und vier Monate zwingen, für einen „Hungerlohn“ von 221,- DM monatlich zu arbeiten. Daß er dies aus einer Reihe von außerrechtlichen Ursachen im Regelfall nicht tun wird, steht auf einem anderen Blatt. Die Rechtsordnung kann sich jedenfalls nicht darauf verlassen, daß ein Gläubiger aus Eigeninteresse oder menschlicher Anständigkeit seine Rechte nicht durchsetzt; sie muß auch und gerade für den „pathologischen“ Fall Vorsorge treffen.

2. Die Rechtsprechung hat einen Ausweg in der Weise gesucht, daß sie unter Hintansetzung der schuldrechtlichen Vorschriften bei sog. gefahrgeneigter Arbeit die Haftung des ArbN beschränkt. Bei leichtester Fahrlässigkeit sei er von jeder Haftung frei; bei „normaler“ Unachtsamkeit müsse eine an den besonderen Umständen des Einzelfalls orientierte Schadens- teilung erfolgen, während bei grober Fahrlässigkeit die schuldrechtlichen Vorschriften uneingeschränkt Anwendung fänden. Entscheidend ist danach, wann eine Tätigkeit als schadens- geneigt anzusehen ist. Ein allgemein anerkannter, für die Rechtsanwendung tauglicher Maßstab wurde bislang nicht gefunden (Gamillscheg-Hanau, Die Haftung des ArbN, 1965, S. 40), so daß man sich meist mit allgemeinen Formulierungen begnügt und darauf abstellt, „ob die vom ArbN zu leistende Arbeit infolge ihrer Eigenart eine besonders große Wahrscheinlichkeit mit sich bringt, daß dem ArbN gelegentlich einmal ein Versehen unterläuft, auch wenn er in aller Regel bei seiner Arbeit die erforderliche Sorgfalt anwendet“ (Hueck-Nipperdey, Arbeitsrecht, Band I, 7. Aufl. 1963, S. 232).

3. Die vorliegende Entscheidung fügt sich widerspruchsfrei in die bisherige Rechtsprechung zur gefahrgeneigten Arbeit ein. Es liegt auf der Hand, daß die Überlastung eines ArbN die Gefahr von Fehlleistungen erhöht und damit in der Lage ist, eine an sich nicht schadensgeneigte Arbeit zu einer solchen zu machen. Einleuchtend ist auch der zweite Leitsatz, daß das übernommene Risiko in einem vernünftigen Verhältnis zur Höhe der Entlohnung stehen muß. Die Ausführungen des BAG vermögen daher insoweit einer immanenten Kritik in vollem Umfang standzuhalten.

In tatsächlicher Hinsicht ergeben sich freilich zwei kleinere Bedenken. Einmal läßt der mitgeteilte Sachverhalt keine konkreten Anhaltspunkte für die so entscheidende Überlastung erkennen. Dies legt die Annahme allzu großer Straffung der Darstellung, aber auch den Verdacht nahe, es habe sich nur um einen „Aufhänger“ gehandelt, der ein unbilliges Ergebnis vermeiden sollte. Weiter vermißt man die Feststellung über die Frage, ob bei richtiger Preisangabe die Kundin dieselbe Menge bestellt hätte. Wäre dies nicht anzunehmen gewesen, so wäre der der Kl. erwachsene Schaden möglicherweise geringer gewesen. Überhaupt besticht die Mitteilung des Sachverhalts nicht eben durch besondere Klarheit. So wird etwa nicht deutlich, warum das Angebot der Firma B notwendigerweise mit dem von der Kl. an ihre Kundin gemachten identisch war.

III. Die Ausführungen des vorliegenden Urteils zur schadens- geneigten Arbeit legen einige grundsätzliche Erwägungen zur Frage der ArbN-Haftung nahe, die freilich – dem Charakter einer Entscheidungsanmerkung entsprechend – nur Anregun-

gen vermitteln, jedoch keine ausgefeilten Lösungen anbieten sollen.

1. Die oben bereits skizzierte Rechtsprechung entbehrt einer wirklich tragenden Begründung. Der häufige Hinweis auf die Fürsorgepflicht vermag sie nicht zu ersetzen, denn er kaschiert im Grunde nur den Rückgriff auf die Billigkeit, das reine Rechtsgefühl. Stünde es nicht entgegen, so könnte man in rechtsdogmatisch ebenso „unangreifbarer“ Weise auch den Satz postulieren, die Treupflicht des ArbN gebiete gerade bei besonders gefährlichen Tätigkeiten ein erhöhtes Maß an Sorgfalt; fahrlässiges Verhalten erfordere daher um so mehr die volle Schadensersatzsanktion. Das reaktionäre Beispiel zeigt schlaglichtartig den instrumentalen Charakter des Rückgriffs auf Treue und Fürsorge und damit eines beträchtlichen Teils rechtsdogmatischen Denkens im Individualarbeitsrecht. Nicht viel weiter führt das Abstellen auf das Betriebsrisiko. Natürlich liegt es im Grundsatz beim ArbGeb – aber die Frage, ob schuldhaft vom ArbN verursachte Schäden in den „Risikobereich“ fallen, läßt sich nicht durch exakte Subsumtion, sondern nur durch im Grunde irrationale Dezision lösen.

Zur mangelnden Begründung tritt als weiteres Bedenken die Systemwidrigkeit der entwickelten Grundsätze, da die deutsche Rechtsordnung an keiner Stelle die Rechtsfolgen vom Grad der Schuld abhängig macht und außerdem die Unterscheidung zwischen leichtester, normaler und grober Fahrlässigkeit nicht kennt. Begegnet man dem mit der Erwägung, dem System komme kein Eigenwert zu, so bleibt der weitere Einwand bestehen, daß dem Richter zum Nachteil der Rechts- sicherheit ein extrem großer Beurteilungsspielraum gewährt wird. Niemand kann voraussagen, welche Verschuldensform die ArbGe im konkreten Fall bejahen werden.

Gravierender als diese in der rechtswissenschaftlichen Diskus- sion relativ geläufigen Argumente ist die Tatsache, daß die Rechtsprechung zwei Probleme nicht zu bewältigen vermag:

Einmal bleibt die volle Verantwortlichkeit des ArbN bei grob fahrlässigem Verhalten sowie bei all den Tätigkeiten, die nicht als gefahrgeneigt betrachtet werden. Hier riskiert er weiterhin seine gesamte wirtschaftliche Existenz; er ist in Gefahr, Jahre hindurch für 200,- bis 300,- DM im Monat arbeiten zu müs- sen.

Zum anderen vermag die Rechtsprechung nicht den in diesem Bereich vorhandenen eklatanten Widerspruch zwischen Rechtsnorm und Rechtswirklichkeit zu beseitigen. Es liegt auf der Hand, daß die gegen den ArbN bestehenden Ersatzan- sprüche häufig nicht durchgesetzt werden. Maßgebend hierfür ist bei angespannter Arbeitsmarktlage das Bestreben, eine Kündigung durch den einer „Kahlpfändung“ konfrontierten ArbN zu verhindern. Daneben wird der Schutz des Betriebs- friedens von Bedeutung sein, der durch eine Solidarisierung einer größeren Zahl von ArbN mit ihrem in Anspruch genom- menen Kollegen in Gefahr kommen könnte. Schließlich kön- nen Gründe persönlicher Rücksichtnahme ins Gewicht fallen. Dieser Zustand ist als Widerspruch zur Rechtsnorm unerfreu- lich und zeigt deren Reformbedürftigkeit; darüber hinaus schafft er Abhängigkeitsverhältnisse zu Lasten der „verschonen- ten“ ArbN, über denen das Damoklesschwert des Ersatzan- spruchs für den Fall mangelnden Wohlverhaltens hängt. Außer- dem wird der Gleichbehandlungsgrundsatz nicht gewahrt, wenn der wenig beliebte oder relativ entbehrliche ArbN mit einer Forderung überzogen wird, während ein beim ArbGeb oder der Belegschaft angesehener oder unentbehrlicher Kollege wenig zu befürchten hat.

2. Auf der Suche nach Ersatzlösungen trifft man auf verschie- dene Vorschriften und Entwicklungstendenzen, die es kurz dar- zustellen gilt.

a) Art. 34¹ GG schließt im Bereich hoheitlichen Handelns die Haftung von Beamten und ArbN des öffentlichen Dienstes ge- genüber Dritten aus. Satz 2 beschränkt den Rückgriffsanspruch der Anstellungskörperschaft auf Vorsatz und grobe Fahrlässig- keit. Eine Übertragung dieser Regelung auf ArbN wurde be- fürwortet, hat sich aber nicht durchgesetzt (Gamillscheg-Hanau aaO. S. 64). Sie wäre auch nur von beschränktem Wert, da sie lediglich für die nicht gefahrgeneigte Arbeit eine Verbesserung

des Status quo bringt, bei der groben Fahrlässigkeit aber alles beim alten läßt. Weiter geht das Richterprivileg des § 839 II BGB, das die Haftung auf den Fall des direkten Vorsatzes beschränkt. Seiner singulären Natur wegen ist es keiner Verallgemeinerung zugänglich; auch schießt es insoweit übers Ziel hinaus, als es die Haftung auch bei gröbster Fahrlässigkeit völlig ausschließt.

Eine ähnlich einschneidende Regelung trifft § 637 I RVO, der bei Betriebsunfällen den schuldhaft handelnden Arbeitskollegen freistellt, sofern ihm nicht Vorsatz nachgewiesen werden kann. Freilich hat der Geschädigte als Ausgleich Ansprüche gegen die Berufsgenossenschaft, was den drastischen Haftungsausschluß erträglich, aber eine Ausdehnung auf andere Fälle unmöglich macht.

b) Das Problem existenzgefährdender Ersatzansprüche stellt sich auch außerhalb des Arbeitsrechts. Der im Januar 1967 veröffentlichte Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung schadenersatzrechtlicher Vorschriften versucht ihm dadurch gerecht zu werden, daß er die Einfügung eines § 255 a BGB vorschlägt, der bestimmen soll, bei außergewöhnlich hohen Schäden könne das Gericht die Ersatzpflicht insoweit einschränken, als sie für den Ersatzpflichtigen auch unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen des Gläubigers zu einer schweren Unbilligkeit führen würde. Wäre diese Vorschrift, die im übrigen bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit nicht eingreifen soll, bereits geltendes Recht, so könnte sie im Arbeitsverhältnis um so eher Anwendung finden, als sie ja sogar zwei völlig unverbundene Personen, etwa zwei Teilnehmer am Straßenverkehr, erfaßt. Vorläufig stellt sie freilich nur ein Indiz für die berechnete Tendenz zur Haftungsbeschränkung dar.

Was sich im Schadensersatzrecht abzuzeichnen beginnt, entspricht einer jahrzehntelangen Entwicklung im Gesellschaftsrecht. Von der Schaffung der GmbH im Jahre 1892 an war es jedem mittleren Gewerbetreibenden auf relativ einfachem Wege möglich, seine Haftung auf eine bestimmte Summe zu beschränken. Die GmbH u. Co. KG vereinigt dieses Haftungsprivileg mit den steuerlichen Vorzügen der Personengesellschaft und nahezu unbegrenzter Freiheit inhaltlicher Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags. Durch die Zulassung der Einmann-Gesellschaft wurde das Einzelhandelsgeschäft mit beschränkter Haftung eingeführt — eine Tatsache, die bei der Einmann-GmbH u. Co. KG besonders deutlich wird. Wiethölter (in: Aktuelle Probleme der GmbH u. Co., 2. Aufl., Köln 1969, S. 46) sieht in diesen Erscheinungen eine „Betätigungschance für jedermann ohne Todesrisiko“ und betrachtet die Tendenz zur Einschränkung der Haftung als Ausfluß allgemeiner „Humanisierung“ des Wirtschaftslebens.

3. Versuchen wir, die festgestellten Entwicklungstendenzen für unser arbeitsrechtliches Problem fruchtbar zu machen. M. E. kann dies unter zwei hier nur anzudeutenden Aspekten geschehen.

Einmal kann man auf den systemstabilisierenden und damit rein instrumentalen Charakter der aufgezeigten Haftungsbeschränkungen abstellen: Die Vernichtung der materiellen Existenz eines Menschen durch Schadensersatzansprüche oder die „Eliminierung“ eines Unternehmens aus dem Produktionsprozeß kann nur einem Nachwachterstaat völlig gleichgültig sein. Ein moderner Industriestaat wird in derartigen Vorgängen eine höchst bedenkliche Störung eines geordneten Wirtschaftsablaufs sehen und daher versuchen, durch präventive und repressive Maßnahmen ihren Ursachen entgegenzuwirken. Je mehr eine Wirtschaft organisiert und nicht mehr dem freien Spiel der Kräfte überlassen ist, desto mehr wird Sorge dafür getragen, daß Störungsfaktoren beseitigt werden. Dies gilt nicht nur für den Bereich der Unternehmen, sondern in gleicher Weise auch für die „Verplanung“ von Arbeitskräften. Eine organisierte Wirtschaft würde gegen die ihr immanente Rationalität verstoßen, wenn sie durch Beibehaltung überkommener Haftungsbestimmungen die materielle Existenz von ArbN und damit auch deren Schaffensfreude und einen großen Teil ihrer Arbeitskraft vernichten würde. Sicherlich stellt auch die schädigende Handlung des ArbN eine Störung dar; doch wäre seine ganze oder teilweise „Eliminierung“ eine noch viel wei-

tergehende Systemwidrigkeit. Die Lösung wird daher in der Richtung liegen, durch Beibehaltung einer gewissen Ersatzpflicht fahrlässiges Verhalten zu verhindern, ohne andererseits die Schaffensfreude allzu sehr zu beeinträchtigen. Dem würde etwa eine Haftungsbeschränkung bei fahrlässigem Verhalten auf ein höchstens zwei Monatsgehälter entsprechen.

Dieser technisch-instrumentale Ansatz vermag deshalb nicht zu befriedigen, weil er im Menschen nicht die Person, sondern nur den Produktionsfaktor sieht. Er mißachtet damit die vom Grundgesetz getroffene Wertentscheidung für die Würde des Menschen und die Freiheit der Entfaltung seiner Persönlichkeit. Diese verfassungsrechtlichen Fundamentalnormen gebieten, den Menschen auch im ökonomischen Bereich nicht in einen Zustand völliger Abhängigkeit zu bringen, ihm auch insoweit ein Leben als handelndes Subjekt, nicht als behandeltes Objekt zu ermöglichen (Dürig in Maunz-Dürig-Herzog, GG, Art. 1 Rn. 43). Das bedeutet im Grundsatz den Ausschluß einer Haftung, die die wirtschaftliche Existenz des einzelnen auf Jahre hinaus vernichtet. Hier liegt der m. E. zutreffendste Ansatzpunkt zur Bewältigung der ArbN-Haftung aus fahrlässigem Verhalten — eine These, die sich mit der Steindorffs (JZ 59, 1; AuR 66, 66) deckt, das Persönlichkeitsrecht des ArbN sei Grundlage für die Zurückweisung übermäßiger Schadensersatzforderungen. Es ist Aufgabe der Rechtsprechung, die naturgemäß sehr allgemein gehaltenen verfassungsrechtlichen Imperative zu konkretisieren und exakte Maßstäbe für die ArbN-Haftung zu entwickeln. Die oben angedeutete Lösung scheint mir nicht nur bei rein zweckrationaler, sondern auch bei wertbezogen-materialer Betrachtungsweise die angemessenste zu sein.

Dr. Wolfgang Däubler, Tübingen

Hinweis der Redaktion:

Vgl. außer den im Urteil genannten Entscheidungen

1. zum Verhältnis zwischen Lohn und Schadensrisiko LAG Hamm v. 27. 6. 50 — 2 Sa 210/50 = SAE 1951, 14 Anm. Butz; LAG Stuttgart v. 26. 1. 51 — 2 Sa 176/50 = SAE 1951, 124 Anm. Hedemann; BAG v. 19. 3. 59 — 2 AZR 402/55 = SAE 1959, 185 Anm. Larenz; BAG v. 21. 11. 59 — 2 AZR 547/58 = SAE 1960, 62 Anm. Gaul; BAG v. 30. 8. 66 — 1 AZR 456/65 = SAE 1967, 141 Anm. Brox;
2. zum Gefahrenkreis BAG v. 30. 8. 66 — 1 AZR 456/65 = SAE 1967, 141 Anm. Brox.

Ruhegehalt

1. Satzungen einer Unterstützungskasse enthalten in der Regel den Vorbehalt, daß die Leistungen zur Alterssicherung freiwillig und unter Ausschluß des Rechtsanspruchs gewährt werden. Das berechtigt die Unterstützungskasse, unter Umständen der Gesamtheit oder einer bestimmten Gruppe der Begünstigten gegenüber eine nach dem Leistungsplan vorgesehene Zahlung zu kürzen oder zu verweigern. Derartige Vorbehalte berechtigen die Kasse dagegen nicht, die Leistungen nach dem Ermessen ihrer Organe einzeln zu gewähren oder zu verweigern.

2. Eine Unterstützungskasse kann ihre Leistungen für die Alterssicherung verweigern, wenn der Arbeitnehmer seine Treupflicht gegenüber dem Arbeitgeber gröblich verletzt hat.

Bundesarbeitsgericht

Urteil vom 31. 10. 1969 — 3 AZR 119/69 (LAG Saarland — 2 Sa 4/68)

Tatbestand:

Der Kl., geb. am 19. 10. 1909, war vom 12. 10. 1953 bis Ende März 1967 als Kraftfahrer bei der K-Brauerei in H beschäftigt. Seit seinem Ausscheiden bezieht er aus der Rentenversicherung Rente wegen Erwerbsunfähigkeit. Der beklagte eingetragene Verein ist die betriebliche Unterstützungskasse der K-Brauerei und besteht seit 1933. Zweck des Vereins ist nach seiner Satzung vom 20. 12. 1939 u. a., ehemaligen ArbN